

Fraktion **direkt**

52 | 29. Januar 2016

Zur Lage

Einigung auf Asylpaket II ist ein wichtiger Schritt Gesetzespaket muss schnell umgesetzt werden

Die Union hat ein gemeinsames Ziel in der Flüchtlingspolitik: Die hohe Zahl der Flüchtlinge muss spürbar und nachhaltig reduziert werden. In diesem Sinne ist die Koalition Ende dieser Woche einen wichtigen Schritt vorangekommen. Nach langer Diskussion konnten wir uns mit der SPD nun endgültig auf das Asylpaket II einigen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel und der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer haben die SPD gemeinsam von der Notwendigkeit der Begrenzung des Familiennachzugs überzeugt. Überaus wichtig ist darüber hinaus, dass künftig auch Abschiebungen erleichtert werden. Außerdem werden Marokko, Algerien und Tunesien zu sicheren Herkunftstaaten erklärt. Damit wird den Menschen dort bedeutet: Ihr werdet keine Chance haben, dauerhaft in Deutschland zu bleiben.

„2016 wird zu einem Schicksalsjahr für Europa“

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird nun dafür sorgen, dass die Beschlüsse der Parteivorsitzenden rasch in Gesetzesform gegossen werden. Schon Ende Februar sollte sich der Bundesrat mit dem Gesetzespaket befassen.

Die Einigung ist aber nur ein Baustein zur Lösung der Fragen, die durch die Flüchtlingsbewegung aufgeworfen werden. Der Schlüssel liegt nach wie vor in einem abgestimmten europäischen Verhalten. Hierfür arbeitet die Bundeskanzlerin rund um die Uhr, hierfür hat sie die volle Unterstützung unserer Fraktion.

Noch ist sie nicht am Ziel. Sie braucht noch Zeit. Nach dem EU-Gipfel am 18. und 19. Februar wird Zwischenbilanz gezogen. Bei immer mehr Regierungen scheint nach meiner Beobachtung die Erkenntnis zu wachsen, dass eine Verweigerungshaltung ihr eigenes Land in eine schwierige Situation bringen könnte. Noch gibt Europa ein trauriges



Foto: Laurence Chaperon

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Bild ab. Doch etwas ist in Bewegung – und zwar in eine positive Richtung.

Das Jahr 2016 wird zu einem Schicksalsjahr für Europa. Wenn es nicht in der Lage ist, die große Herausforderung der Flüchtlinge gemeinsam zu bewältigen, wird dieses Europa am Ende des Jahres anders aussehen. Deshalb ist es richtig, die Bundeskanzlerin darin zu unterstützen, eine Lösung auf europäischer Ebene zu erzielen.

Die gesamte Koalition ist jetzt gefordert. Die Bundeskanzlerin muss von allen Ministern – auch denen der SPD – auf europäischer und internationaler Ebene unterstützt werden. In dieser schwierigen Zeit trägt diese große Koalition eine enorme Verantwortung für den Zusammenhalt in unserem Land, aber auch in Europa.

Volker Kauder

Einigung auf Asylpaket II ist ein wichtiger Schritt	1
Innere Sicherheit – Markenkern der Union	2
Auf die Digitalisierung kommt es an	3
Verkauf von E-Zigaretten an Jugendliche verboten	4
„Der Kraftwerksstandort Deutschland muss attraktiver werden“	5
„Wir werden viel Geduld brauchen“	6
Agrarwirtschaft überzeugt mit Qualität und Leistungsfähigkeit	7
Letzte Seite	8

Innere Sicherheit – Markenkern der Union

Konsequentes Handeln nötig



Foto: Henning Schacht

Gerda Hasselfeldt
Erste Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Ob in der U-Bahn, auf dem Heimweg oder bei großen Menschenansammlungen: Bei vielen Bürgerinnen und Bürgern ist derzeit ein tiefes Gefühl der Verunsicherung zu spüren. Spätestens seit den Ereignissen von Köln verbreitet es sich rasend im Land. Um sich zu schützen, legen sich immer mehr Menschen, vornehmlich Frauen, Pfefferspray zu; in vielen Bundesländern sind die Anträge für den sogenannten kleinen Waffenschein, der zum Führen von Schreckschusswaffen berechtigt, rapide angestiegen. Ich halte das für eine gefährliche Entwicklung.

Die Wahrnehmung ist, der Rechtsstaat sei in Fällen wie in Köln eher hilflos statt wehrhaft und konsequent. Diesem Eindruck sind wir durch zügiges und konsequentes Handeln entgegengetreten. Das Kabinett hat bereits am Mittwoch erste rechtliche Konsequenzen aus den Vorfällen von Köln beschlossen: Kriminelle Ausländer sollen künftig schneller und einfacher ausgewiesen werden können. Die unmissverständliche Botschaft lautet: Wer sich nicht an die Regeln des Zusammenlebens in Deutschland hält, hat in unserem Land nichts verloren und muss es zügig verlassen.

Durch Köln sind bestehende Lücken und Vollzugsdefizite im Sexualstraf-

recht und im Ausländerrecht offenkundig geworden. Wir müssen uns beispielsweise damit auseinandersetzen, wie sexuelle Übergriffe durch oder aus Gruppen heraus angemessen erfasst und geahndet werden können. Vor allem auch, welche rechtlichen Konsequenzen sie für einen Aufenthaltsstatus, beispielsweise als Asylbewerber, haben sollten.

Polizei muss in der Fläche präsent sein

Neben den Vorfällen von Köln ist auch die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus weiter gegenwärtig und verunsichert viele Menschen. Anschläge wie in Paris und in Istanbul oder die Terrordrohung in München in der Silvesternacht lassen die abstrakte Bedrohung sehr konkret werden. Nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes leben in Deutschland mehr als 1.000 sogenannte Gefährder. Sie sind nicht nur zu erheblichen Straftaten bereit, sondern stellen sich auch bewusst immer wieder gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung. Bisher ist eine vollständige Überwachung dieser Gefährder nur sehr schwer möglich. Wir sollten deshalb in Erwägung ziehen, die Vorgaben für die elektronische Aufenthaltsüberwachung, die sogenannte elektronische Fußfessel, für vorbestrafte Gefährder herabzusetzen und zu vereinfachen. Das würde die Sicherheit in unserem Land sicherlich verbessern.

Das beste Rezept gegen ein grassierendes Gefühl der Unsicherheit ist allerdings eine schlagkräftige und in der Fläche präsenzte Polizei. Wir brauchen deshalb dringend eine Trendwende bei der personellen Ausstattung der Polizei. Der Personalabbau der vergangenen Jahre muss ein Ende haben. Der Bund und Bayern gehen hier mit gutem Beispiel voran und haben neue Stellen bei der Polizei geschaffen. Dem Beispiel sollten die anderen Länder zügig folgen.

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Vi.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Auf die Digitalisierung kommt es an

Deutschland weiter auf Wachstumskurs – Bundestag debattiert über Jahreswirtschaftsbericht

Die Digitalisierung verändert alles. Sie verändert das Arbeiten, das Wirtschaften und den Alltag der Menschen in einem ähnlichen Ausmaß wie die industrielle Revolution. Für kleine wie große Unternehmen bietet sie neue Marktchancen, für viele Bürgerinnen und Bürger hält sie Arbeitsplätze bereit. Damit der digitale Wandel gelingt, werden innovationsfreundliche Gesetze und eine leistungsfähige Infrastruktur benötigt. Die Debatte über den Jahreswirtschaftsbericht am Donnerstag im Bundestag würdigte die Tatsache, dass die ökonomischen Rahmenbedingungen dafür sehr gut sind. Die deutsche Wirtschaft wird auch in diesem Jahr wachsen.

Michael Fuchs, stellvertretender Vorsitzender der Unionsfraktion, skizzierte die Voraussetzungen für weiteres Wachstum. So sei der Zustrom an Flüchtlingen eine der größten Herausforderungen für Deutschland. Trotzdem sei die wirtschaftliche Lage gut, möglicherweise so gut wie noch nie zuvor. Dennoch dürfe man sich jetzt nicht ausruhen. „Wir haben in Deutschland einen zu hohen Energie- und Strompreis“, mahnte Fuchs und forderte, die Weichen für mehr Investitionen und weniger Bürokratie zu stellen. „Wer neue Energien will, muss auch für besseren Leitungsausbau sorgen“, verlangte er. Wenn es nicht gelänge, den Ausbau der erneuerbaren Energien mit dem Leitungsausbau zu synchronisieren, dann entstünden Kosten, die Deutschland nicht schultern könne.

Über 43 Millionen Erwerbstätige

Über die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zeigte sich Joachim Pfeiffer, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Energie, erfreut. Noch nie sei die Zahl der Beschäftigten in Deutschland so hoch gewesen wie im vergangenen Jahr. Über 43 Millionen Menschen hätten sich laut Jahreswirtschaftsbericht in Lohnarbeit



© industrieblick - Fotolia.com

befunden. „Wir dürfen zentrale Strukturreformen jetzt nicht zurückdrehen“, warnte Pfeiffer. Vielmehr müsse man die Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt beibehalten, um den Trend zu mehr Beschäftigung nicht abzuwürgen. Jetzt gehe es unter anderem darum, neue Technologien zu fördern.

Ob Deutschland zukunftsfähig bleibt, hängt für Nadine Schön, Netzexpertin der Unionsfraktion, vor allem davon ab, wie Politik und Wirtschaft mit dem Thema Digitalisierung

umgehen. Durch den Wandel veränderten sich ganze Branchen und Geschäftsmodelle fundamental, sagte sie im Bundestag. Mit seiner digitalen Start-up-Szene sei Deutschland aber gut aufgestellt. „Es lohnt sich, alte Strukturen aufzubrechen“, erklärte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Sie plädierte dafür, Datenschutzregeln zu modernisieren, die digitale Infrastruktur weiter auszubauen und Digitalkompetenz in Schule und Ausbildung zu verankern.

Jahreswirtschaftsbericht 2016

Der aktuelle Jahreswirtschaftsbericht attestiert der deutschen Wirtschaft eine gute Verfassung. Die Bundesregierung rechnet in diesem Jahr mit einem Wirtschaftswachstum von 1,7 Prozent. Gleichzeitig ist die Lage am Arbeitsmarkt stabil. Mit 6,4 Prozent befindet sich die Arbeitslosigkeit auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Obwohl sich durch die hohe Zahl an Flüchtlingen gewaltige Herausforderungen ergeben, hat dies offenbar nur wenig Auswirkung auf den Arbeitsmarkt.

Löhne und Gehälter steigen

Die günstige Wirtschaftslage wirkt sich auch positiv auf Löhne und Gehälter aus – im vergangenen Jahr verzeichneten diese den höchsten Zuwachs seit zwei Jahrzehnten. Zudem erwirtschaftete der Bund im Haushalt 2015 erstmals seit über 40 Jahren einen Überschuss, nachdem er 2014 schon ohne Nettoneuverschuldung ausgekommen war.

Chancen des digitalen Wandels nutzen

Der Bericht mit dem Titel „Zukunftsfähigkeit sichern – Die Chancen des digitalen Wandels nutzen“ weist der Digitalisierung eine Schlüsselrolle zu. Gemeinsam mit Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft und Zivilgesellschaft will die Bundesregierung den Weg für die Digitalisierung weiter ebnen. Dazu gehört nicht nur, das Wettbewerbsrecht weiterzuentwickeln und den Breitbandausbau zu fördern, sondern auch für einen effektiven Verbraucher- und Datenschutz zu sorgen. Nicht zuletzt muss der Schutz des geistigen Eigentums gewährleistet werden. Der Jahreswirtschaftsbericht wurde am Donnerstag im Bundestag vorgestellt. Er gibt einen Ausblick auf die wirtschaftliche Entwicklung. Zudem formuliert er die wirtschafts- und finanzpolitischen Ziele für das laufende Jahr.

Verkauf von E-Zigaretten an Jugendliche verboten

Jugendschutzgesetz geändert – Verbot betrifft auch E-Shishas



Foto: Daniel Reinhardt/dpa

Ein Kioskbetreiber zeigt verschiedene E-Shishas

Sie werden in Drogeriemärkten, Supermärkten und Kiosken angeboten und locken mit vermeintlich gesunden Aromen wie Melone oder Apfel: Elektronische Zigaretten und elektronische Shishas finden immer mehr Käufer. Besonders unter Jugendlichen sind sie beliebt. Angesichts der drohenden Gefahren für die Gesundheit hat der Bundestag am Donnerstag ein Verkaufsverbot von E-Zigaretten und E-Shishas an Kinder und Jugendliche beschlossen.

Elektrische Inhalationsprodukte sind nicht harmlos

„Mit dieser Regelung schließen wir eine Gesetzeslücke und schützen die Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen“, erklärt der jugendpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Marcus Weinberg. Anders als Zigaretten fielen elektrische Inhalationspro-

dukte bislang nämlich nicht unter das Jugendschutzgesetz. Doch elektrische Inhalationsprodukte seien keinesfalls harmlos, selbst wenn sie kein Nikotin enthielten.

„Wir schützen die Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen“

Die Stoffe von E-Zigaretten dampf beeinträchtigen die Lungenentwicklung bei jungen Menschen und können Entzündungsreaktionen in der Lunge auslösen. „Zudem kann der anfängliche Gebrauch von vermeintlich harmlosen nikotinfreien E-Zigaretten dazu verleiten, neue Reize zu suchen und

auf herkömmliche Zigaretten umzusteigen“, sagt Weinberg. Auch der für gesundheitlichen Verbraucherschutz zuständige Bundesminister Christian Schmidt (CSU) betont, dass für ihn der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor den Gefahren des Rauchens im Vordergrund stehe. „Rauchen ist nie harmlos, auch wenn es nach Kaugummi schmeckt.“

In einer Umfrage der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung hat rund ein Drittel aller Kinder und Jugendlichen im Alter von zwölf bis 17 Jahren angegeben, mindestens einmal eine E-Zigarette oder eine E-Shisha ausprobiert zu haben. Die Neuregelung, die sowohl nikotinhaltige wie auch nikotinfreie E-Zigaretten und E-Shishas für Kinder und Jugendliche verbietet, soll auch für den Versand- und Internethandel gelten.

„Der Kraftwerksstandort Deutschland muss attraktiver werden“

Michael Fuchs über den Strommarkt der Zukunft



Foto: Werner Schüring

Michael Fuchs
Stellvertretender Vorsitzender
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Der Ausbau der erneuerbaren Energien schreitet voran. Inzwischen beträgt der Anteil von Sonne, Wind, Wasserkraft und Biomasse am Stromverbrauch mehr als 33 Prozent. Gleichzeitig sind konventionelle Kraftwerke unverzichtbar. Sie können zu jeder Zeit Strom liefern, auch wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht. Wie der Strommarkt der Zukunft aussehen kann, darüber sprach „Fraktion direkt“ mit dem stellvertretenden CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Michael Fuchs.

Herr Fuchs, für eine stabile Energieversorgung soll eine sogenannte Kapazitätsreserve eingeführt werden. Warum ist die Reserve nötig und wie soll sie aussehen?

Fuchs: Bisher war es so, dass die Kraftwerke, die wir für die Versorgungssicherheit brauchten, ganz regulär am Strommarkt ihr Geld verdient haben. Durch den enorm schnellen und hoch subventionierten Ausbau der erneuerbaren Energien ist es jedoch zu erheblichen Verwerfungen im Markt gekommen. Deshalb soll der Staat einige Kraftwerke, die aufgrund dieser Umstände heute

nicht mehr rentabel sind, aber für die Versorgungssicherheit gebraucht werden, gewissermaßen unter Vertrag nehmen, damit sie im Notfall Strom liefern können.

Viel entscheidender für die Versorgungssicherheit ist aber, dass der Kraftwerksstandort Deutschland wieder attraktiver wird. 16 Prozent unserer Gas- und Kohlekraftwerke sind älter als 40 Jahre. Es muss dringend in Modernisierung oder Neubau investiert werden. Sonst braucht Deutschland eine immer größere Kapazitätsreserve, wird immer abhängiger von Stromimporten und verliert einen wichtigen Teil seiner Wertschöpfung. Im Moment investiert niemand, weil der Ausbau der Erneuerbaren nicht kalkulierbar ist. Das muss sich ändern. Darum sind Strommarktgesetz und Erneuerbaren-Förderung im Paket zu sehen.

Wie teuer ist es, die Reserve für den Notfall bereitzuhalten, und wer bezahlt die Rechnung?

Fuchs: Das Bundeswirtschaftsministerium geht von einer kleinen Reserve aus, die 260 Millionen Euro im Jahr kosten soll. Wir sehen aber noch erheblichen Diskussionsbedarf. Denn der Gesetzentwurf erlaubt momentan ein grenzenloses Anwachsen der Reserve und damit auch einen grenzenlosen Kostenanstieg. Die Rechnung soll im Wesentlichen der Stromkunde über die Netzentgelte bezahlen. Auch hierüber muss man noch sprechen.

Nun stoßen Kohle- und Gaskraftwerke CO₂ aus. Wie verträgt sich die Strommarktordnung mit dem Ziel, im Sinne des Klimaschutzes Emissionen einzusparen?

Fuchs: Beim Klimaschutz im Stromsektor finden die Entscheidungen auf europäischer Ebene statt. Wir legen EU-weite CO₂-Budgets fest, die nicht

überschritten werden dürfen. Deutsche Kraftwerke müssen ebenso wie ihre europäische Konkurrenz CO₂-Zertifikate erwerben. Je knapper das Budget, desto höher die Preise. Zusätzliche nationale Klimainstrumente im Strommarkt hätten nur zur Folge, dass andere Länder in der EU mehr CO₂ verbrauchen könnten. Anders gesagt: Wir würden lediglich deutschen Kohlestrom durch beispielsweise polnischen oder tschechischen Kohlestrom ersetzen.

„Moderne Kohlekraftwerke unverzichtbar“

Wäre es nicht günstiger, emissionsarme Gaskraftwerke nach dem neuesten Stand der Technik zu bauen statt Kohlekraftwerke weiterlaufen zu lassen?

Fuchs: Ich sehe niemanden, der in großem Stil in Deutschland in Gaskraftwerke investieren möchte. Die Gasverstromung ist mindestens dreimal so teuer wie die Kohleverstromung. Ein deutsches Gaskraftwerk könnte also mit einem ausländischen Kohlekraftwerk nicht konkurrieren, sondern würde überwiegend stillstehen.

Außerdem erinnere ich mich noch gut an die russisch-ukrainische Gaskrise im Jahr 2009, in der auch die Gaslieferungen von Russland nach Deutschland unterbrochen waren. Das Verhältnis zwischen Russland und der Ukraine hat sich seither klar verschlechtert. Insofern rate ich dringend dazu, weiterhin auf hocheffiziente Kohlekraftwerkstechnologien zu setzen. Solange wir keine bezahlbaren Speicher für den Strom aus Erneuerbaren haben, werden wir um moderne Kohlekraftwerke nicht herumkommen.

„Wir werden viel Geduld brauchen“

Fachgespräch der Unionsfraktion zu Syrien

Knapp fünf Jahre dauert der syrische Bürgerkrieg bereits. Die erschütternde Bilanz: 250.000 Tote, 6,5 Millionen Binnenflüchtlinge und 4,5 Millionen Flüchtlinge im Ausland. 13,5 Millionen Menschen sind abhängig von der Nahrungsmittelhilfe der Vereinten Nationen, und über 400.000 leben an Orten, die von solcher Hilfe abgeschnitten sind, an denen sie geradezu ausgehungert werden. Vor diesem Hintergrund hat die CDU/CSU-Bundstagsfraktion in einem Fachgespräch mit Experten am Montag die Optionen für Einheit und Frieden in Syrien diskutiert.

Man müsse alles unternehmen, „damit die Waffen schweigen, damit der grausame Bürgerkrieg beendet werden kann“, mahnte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Franz Josef Jung. Er verwies auf die Wiener Verhandlungen im November, bei denen ein konkreter Fahrplan für die Befriedung Syriens aufgestellt worden war. So soll innerhalb von sechs Monaten eine Übergangsregierung gebildet werden; in 18 Monaten sollen freie und faire Wahlen stattfinden. Dieses Verhandlungsergebnis gebe Anlass zur Hoffnung, sagte Jung. Der Berichterstatter der Fraktion für Syrien, Johann Wadephul, mahnte mehr Engagement der Europäer bei der Suche nach einer Lösung an. Schließlich finde der Konflikt vor der Haustür Europas statt.

IS ist Herausforderung für kommende Generationen

Trotz des Wiener Prozesses zeigte sich Professor Peter Neumann vom King's College London wenig optimistisch, was eine schnelle Lösung angeht. „Wir werden viel Geduld brauchen“, sagte er. Denn der Bürgerkrieg in Syrien sei eng mit einem zweiten Problem verwoben – dem Expansionsdrang des Terrornetzwerkes Islamischer Staat (IS). „Der IS ist eine politische Herausforderung für die kommenden Generationen.“ Aber auch im syrischen Bürgerkrieg



Foto: Steven Rösler

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Franz Josef Jung beim Fachgespräch Syrien

selbst wolle keine der Konfliktparteien derzeit schmerzhaft Kompromisse eingehen.

Bedrückende Erinnerungen an den Ost-West-Konflikt

Auch Markus Kaim von der Stiftung Wissenschaft und Politik zeigte sich skeptisch. Ihn erinnere der Syrien-Konflikt mit seinen drei Ebenen – innerstaatlich, regional und international – auf bedrückende Weise an den Ost-West-Konflikt. Auch damals hätten regionale Stellvertreterkonflikte Jahre, oft gar Jahrzehnte andauert. Zudem zog Kaim eine schwache Bilanz des militärischen Kampfes der internationalen Koalition gegen den IS. Zwar sei der IS zurückgedrängt und geschwächt worden, aber er stehe nicht kurz vor dem Zusammenbruch. Der Wissenschaftler bewertete auch die Rolle Russlands, das den syrischen Präsidenten Baschar al-Assad unterstützt, als schwierig. So könne der Westen seine Prämisse, Assad werde in Zukunft für sein Land keine Rolle mehr spielen, nicht mehr aufrechterhalten.

Terrorgruppen außen vor

Dies sah Miguel Berger vom Auswärtigen Amt anders. Irgendwann im Verlaufe des Übergangsprozesses müsse Assad sich zurückziehen, meinte Berger. Er hob auch positiv hervor, dass Russland und die USA bei den Wiener Gesprächen Hand in Hand gearbeitet hätten. Moskau habe auch deshalb ein Interesse an einer politischen Lösung, weil es nur auf diesem Weg seine militärische Intervention beenden könne.

Berger und der CDU-Abgeordnete Johann Wadephul waren sich einig, dass der politische Schwung aus den Nuklearverhandlungen mit dem Iran im vergangenen Jahr für die Lösung des Syrien-Konflikts genutzt werden müsse. Alle Länder der Region inklusive Iran und Saudi-Arabien müssten in die Suche nach einer Lösung eingebunden werden, sagte Berger. Eine Schwierigkeit bestehe auch darin, nun den Einstieg in innersyrische Verhandlungen zu schaffen. Die entscheidende Frage dabei sei: „Wer ist im Syrien-Konflikt Terrorist?“ Terrorgruppen wie der IS oder Al-Nusra dürften nicht Teil der Gespräche sein.

Agrarwirtschaft überzeugt mit Qualität und Leistungsfähigkeit

Fraktionsspitze besuchte im Januar die Grüne Woche



Foto: Steven Rösler

Volker Kauder und Gitta Connemann bestaunen in der Biohalle eine Sojapflanze

Zum Auftakt eines jeden Jahres öffnet die Grüne Woche Mitte Januar in Berlin ihre Pforten. Auch in diesem Jahr war der Besucherstrom auf der weltgrößten Agrarmesse ungebrochen. 418.000 Besucher waren gekommen, 658 Aussteller aus 68 Ländern präsentierten sich in den Hallen am Funkturm, 70 Landwirtschaftsminister aus allen Kontinenten nahmen diesen Pflichttermin für die Agrarwirtschaft wahr.

Auch die Unionsfraktion war zu Gast auf der Grünen Woche. Der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder und die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Gitta Connemann besuchten nicht nur das diesjährige Partnerland Marokko, sondern schauten unter anderem auch beim Deutschen Bauernverband vorbei, nahmen sich Zeit für den Erlebnisbauernhof und für die Baden-Württemberg-Halle. „Mich hat der Qualitätsanspruch beeindruckt, den die Nahrungsmittelhersteller mittlerweile an ihre Produkte anlegen. Das ist ganz im Sinne der Verbraucher, die bekanntlich zunehmend kritischer geworden sind“, erklärte Volker Kauder.

Für Michael Grosse-Brömer, Parlamentarischer Geschäftsführer, und Franz-Josef Holzenkamp, agrar- und ernährungspolitischer Sprecher der Fraktion, ist die Grüne Woche ein fester Termin. Sie besuchten gemeinsam die Niedersachsen-Halle und überzeugten sich von dem Engagement

der Landwirte und der hohen Qualität ihrer Produkte. Die hohe Leistungsfähigkeit der modernen Agrarwirtschaft garantiert die Wettbewerbsfähigkeit der niedersächsischen Landwirte als Zulieferer für die Ernährungswirtschaft. Davon waren Grosse-Brömer und Holzenkamp wieder überzeugt.



Foto: Christina Wendt

Michael Grosse-Brömer, der Präsident des deutschen Jagdverbandes, Hartwig Fischer und Franz-Josef Holzenkamp waren beeindruckt von einem Falken

Bundestag gedenkt der NS-Opfer

Ruth Klüger schildert Erfahrung der Zwangsarbeit

Am Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz hat der Bundestag der Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft gedacht. Im Mittelpunkt der Gedenkstunden in diesem Jahr standen die Millionen Zwangsarbeiter im nationalsozialistischen Deutschland und besetzten Europa. Ihre eigenen Erfahrungen als 13-jähriges Mädchen im Arbeitslager Christianstadt schilderte die heute 84-jährige Literaturprofessorin Ruth Klüger, der gegen Kriegsende gemeinsam mit ihrer Mutter auf einem der Todesmärsche die Flucht gelang.

Seit 20 Jahren gedenkt der Bundestag der Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar. Bundestagspräsident Norbert Lammert erinnerte an all jene, die in den Konzentrationslagern ein kaum vorstellbares Ausmaß an „Unfreiheit und Willkür“ erlitten hatten – an die ermordeten Juden Europas, die Sinti und Roma, die Kranken und Behinderten, die Homosexuellen, die Andersdenkenden, die Kriegsgefangenen und Deserteure.

Zwangsarbeit als Massenphänomen

Bei der Befreiung der Konzentrationslager seien zugleich Millionen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter gerettet worden. Mehr als dreizehn Millionen Menschen seien innerhalb der Grenzen des Deutschen Reichs gezwungen gewesen, unter unwürdigen Bedingungen zu arbeiten, unzählige weitere in den besetzten Gebieten. Lammert sprach von einem Massenphänomen, das lange nicht den ihm gebührenden Platz in



Foto: Tobias Koch

Holocaust-Überlebende Ruth Klüger schildert das Leid der Zwangsarbeiter

Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducusu.de/newsletter abonnieren.

Termine www.cducusu.de/veranstaltungen

- 17. Februar 2016 Kongress Nachhaltigkeit und Lebensqualität in der Stadt
- 24. Februar 2016 Fachgespräch Biodiversität und Artenschutz

der deutschen Erinnerungskultur bekommen habe.

Ruth Klüger, als Kind jüdischer Eltern in Wien geboren, überlebte drei Konzentrationslager. Im Bundestag erzählte sie mit eindringlichen Worten, wie sie sich als Zwölfjährige drei Jahre älter machte, um vom Todeslager Auschwitz in das Arbeitslager Christianstadt – ein Außenlager des niederschlesischen Konzentrationslagers Groß-Rosen – verlegt zu werden. Das Arbeitslager habe für sie anfangs Erleichterung bedeutet, bis sie auch dort im bitterkalten letzten Kriegswinter von der Verzweiflung und der Frage eingeholt wurde, wie

lange sie die Zwangsarbeit noch aushalte. Vom Steinbruch, dem Inbegriff des Arbeitslagers, träume sie noch heute manchmal, berichtete sie.

Die Literaturprofessorin, die mit Verwunderung die Verdrängung von Zwangsarbeit im Nachkriegsdeutschland schilderte, würdigte den Wandel, der sich in Laufe der Generationen im Lande vollzogen habe. Heute gewinne Deutschland den Beifall der Welt für seine geöffneten Grenzen und seine Großzügigkeit gegenüber syrischen Flüchtlingen. Mit dem „schlichten, aber heroischen Slogan: Wir schaffen das“ sei ein Vorbild entstanden.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet

www.cducusu.de

Der Blog der CDU/CSU-Fraktion

blogfraktion.de

Fraktion direkt

www.cducusu.de/fd



www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducusu



twitter.com/cducusubt